



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

9. November 2018



Faktencheck: Globaler Pakt für Migration



In einer lebhaften Debatte wurde der AfD-Antrag zum Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration am 8. November 2018 beraten.

Europa und insbesondere Deutschland erfahren seit einiger Zeit einen erheblichen Migrationsdruck. Ursache ist vor allem, dass in zahlreichen anderen Ländern Migranten keinen Zugang zu bestimmten Mindeststandards haben. Es gibt beispielsweise keine verlässliche Gesundheitsversorgung, keine staatlichen Grundleistungen oder einen angespannten Arbeitsmarkt. Es liegt daher im nationalen Interesse Deutschlands, dieser Sogwirkung entgegenzuwirken und Mindeststandards im Umgang mit Migranten in einer politischen Absichtserklärung, dem Globalen Migrationspakt, vorzusehen. Mit dem Globalen Migrationspakt haben sich Herkunfts-, Transit- und Zielländer auf gewisse Mindeststandards als politische Ziele geeinigt.

Den Globalen Migrationspakt haben 180 Länder dieser Welt verhandelt. Dabei gibt es auch Formulierungen, die man kritisieren kann. Gerade bei internationalen Verhandlungen kann man seine Position aber nie zur Gänze umsetzen. **Dr. Stephan Harbarth MdB** (Wahlkreis Rhein-Neckar), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagt dazu: „Ich bin der festen Überzeugung, dass aus deutscher Sicht die Vorteile des Migrations-

paktes die Nachteile insgesamt bei Weitem überwiegen.“ So erklären sich etwa die Herkunftstaaten bereit, ihre eigenen Staatsangehörigen zurückzunehmen, die Fluchtursachen oder die Schleuserkriminalität zu bekämpfen.

Bereits in den letzten Wochen wurde versucht, den Globalen Migrationspakt durch gezielte Desinformation und Falschbehauptungen zu diskreditieren, um eine Unterzeichnung zu verhindern. Der GCM schränkt als rechtlich unverbindliche Erklärung die nationale Souveränität nicht ein und begründet auch nicht etwa ein „Recht auf Migration“, wie dies zum Teil fälschlicherweise behauptet wird. Auch in der Debatte im Bundestag „konnte die AfD aber keinerlei Sachargumente vorbringen“, wie Dr. Stephan Harbarth die Einlassungen der AfD anschließend bewertete.

Migration ist eine globale Herausforderung und Realität. Einzelstaatlichen Maßnahmen allein vermögen es nicht, dieser Herausforderung zu begegnen. Nur im Wege der internationalen Zusammenarbeit wird es gelingen, den Herausforderungen der Migration zu begegnen und Migrationsprozesse besser steuern zu können. Der Globale Migrationspakt ist hierfür ein wichtiger Schritt.

„3 Fragen, 3 Antworten“ an Dr. Stephan Harbarth

<https://www.youtube.com/watch?v=MYh7oZMX2Z8>

Zum ausführlichen Faktencheck

<https://www.cducsu.de/spezial/faktencheck-un-migrationspakt>

Gesundheitspolitik im Fokus



Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn MdB** war am Montag zu Gast in der Sitzung der CDU-Landesgruppe. Der Termin war schon seit längerem anberaumt, da zahlreiche Vorhaben zur Gesundheitsversorgung in der Diskussion stehen und die daraus folgenden Entscheidungen gerade auch für Baden-Württemberg weitreichende Auswirkungen haben könnten. Über 80 Prozent der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Maßnahmen im Gesundheitsbereich befanden sich bereits in der Umsetzung bzw. seien im parlamentarischen und gutachterlichen Verfahren, so Spahn. Das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und die Situation der Hebammen, ein Versandhandelsverbot von verschreibungspflichtigen Medikamenten, die Landarzt-Förderung und die Krankenhaus-Finanzierung (mit den Unwägbarkeiten eines höheren Lohnniveaus in Grenzregionen) standen im Mittelpunkt des Austauschs. Aber auch ethische Fragestellungen wie eine mögliche Neuregelung der Organspende oder vorgeburtliche Bluttests bei Risikoschwangerschaften wurden intensiv diskutiert. Es bestand eine große Übereinstimmung darin, dass gerade die ethischen Fragen in einer breiten und sehr offenen Debatte in der Gesellschaft, in der Union und im Parlament geführt werden müssen. „Nur so können wir allen relevanten Aspekten, den daraus resultierenden Folgewirkungen und schließlich auch den persönlichen Standpunkten wirklich gerecht werden“, waren sich der Minister und die Mitglieder der Landesgruppe einig.

„Netflix der Weiterbildung“



Der digitale Wandel verändert unsere Arbeitswelt und die Anforderungen an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Arbeitsmarkt wird schneller und dynamischer. Daher werden zukünftige Erwerbsbiographien von häufigeren Wechseln geprägt sein. Um Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit zu verhindern, wird lebensbegleitendes Lernen immer wichtiger. Derzeit ist die Weiterbildungslandschaft in Deutschland für den Einzelnen allerdings sehr unübersichtlich und nicht zentral organisiert: Es gibt heute mehr als 14.000 Studiengänge und über 4,5 Mio. Angebote auf dem Weiterbildungsmarkt. Hinzu kommt eine noch größere Auswahl vorwiegend englischsprachiger Online-Angebote.

Um Deutschland fit für die digitale Transformation der Arbeitswelt zu machen, haben **Marc Biadacz MdB** (Wahlkreis Böblingen) und **Kai Whittaker MdB** (Wahlkreis Baden-Baden) als Mitglieder im Ausschuss für Arbeit und Soziales ein neues Weiterbildungskonzept mit dem Namen MILLA erarbeitet. Beide Abgeordnete gehören gemeinsam mit Antje Lezius und Thomas Heilmann dem Arbeitskreis „Zukunft der Arbeit“ an. „Wir haben mit MILLA die Antwort auf einen vom digitalen Wandel veränderten Arbeitsmarkt gegeben und eine Weiterbildungsplattform entwickelt, die allen Menschen hilft, sich in der digitalen Welt zu recht zu finden“, fasst Kai Whittaker zusammen. MILLA steht für: „Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle“. Auf der Online-Weiterbildungsplattform soll das bisherige Weiterbildungsangebot gebündelt werden – von traditionellen Anbietern wie Volks- und Hochschulen, von Einzelpersonen, aber auch von Gewerkschaften und Unternehmen.

„Mit MILLA schaffen wir das Netflix der Weiterbildung! MILLA ist individuell anpassbar, berücksichtigt die persönlichen Interessen und das vorhandene Fähigkeitsprofil des jeweiligen Nutzers. Insbesondere setzen wir auf kurzweiliges und flexibel einsetzbares E-Learning, um nachhaltige Motivation für dauerhaftes Selbststudium und Neugier für Weiterbildung zu schaffen“, ergänzt Marc Biadacz. Dabei sollen Nutzer „Kompetenzpunkte“ für abgeschlossene Weiterbildungskurse sammeln können, um sie in Prämien und Nachweise für den Arbeitgeber umwandeln zu können. Die Qualität der Angebote soll fortlaufend staatlich geprüft werden. Nachdem das MILLA-Konzept vom Arbeitskreis „Zukunft der Arbeit“ im CDU-Bundesvorstand vorgestellt wurde, soll sich auch der CDU-Bundesparteitag im Dezember mit dem Konzept beschäftigen. Ziel ist es, im ersten Halbjahr 2019 innerhalb der CDU-geführten Bundesregierung eine neue Weiterbildungsstrategie zu erarbeiten. Erste Teile der neuen Online-Weiterbildungsplattform könnten dann 2020 oder 2021 starten.

INF-Vertrag erhalten und modernisieren



Die Unterzeichnung des INF-Vertrags zwischen der Sowjetunion und den USA im Jahr 1987 war ein entscheidender Schritt der Entspannungspolitik im Kalten Krieg. Der Vertrag regelt die Vernichtung aller landgestützten, nuklear bestückbaren Mittelstreckenraketen. Doch der Vertrag steht derzeit auf der Kippe: Da sich Russland nicht an den Vertrag halte, haben die USA ihren Ausstieg aus dem Vertrag angekündigt. Mit dieser Situation befasste sich der Deutsche Bundestag am Donnerstag in einer Aktuellen Stunde.

Roderich Kiesewetter MdB (Wahlkreis Aalen-Heidenheim) appellierte an den europäischen Zusammenhalt: "Die letzten zehn Jahre wurden von Russland genutzt, um den Vertrag schleichend zu untergraben. Die Amerikaner sollten sich jetzt nicht unnötigerweise in eine Position bringen, in der sie der Beelzebub für das russische Vorgehen werden. Das sollten wir gemeinsam verhindern. Deshalb sollten wir als Europäer zusammenstehen".

Nikolas Löbel MdB (Wahlkreis Mannheim) plädierte dafür, den Vertrag auf multilateraler Ebene weiterzuentwickeln und zu modernisieren: "Der INF-Vertrag ist noch nicht tot, und wir sollten ihn auch nicht totreden. Der INF-Vertrag braucht eine Modernisierung. Weil es heute nicht mehr zeitgemäß ist, dass er nur Amerika und Russland umfasst. Auch andere Mächte wie China müssen eingebunden werden". Auch inzwischen entwickelte, neue Waffensysteme müssten darin einbezogen werden.

Chancen für Langzeitarbeitslose verbessern



Mit dem am Donnerstag beschlossenen Teilhabechancengesetz wird die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt verbessert. „Wir freuen uns, dass es uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gelungen ist, ein gutes Gesetz zur Unterstützung derjenigen in unserer Gesellschaft auf den Weg zu bringen, die es besonders schwer haben, weil sie schon sehr lange arbeitslos sind“, resümiert **Peter Weiß MdB** (Wahlkreis Emmendingen-Lahr). Dies geschieht einerseits durch Lohnkostenzuschüsse für Personen, die zuvor mehrere Jahre arbeitslos waren, andererseits durch neue Unterstützungsangebote. Während der Beschäftigung wird eine begleitende Betreuung ermöglicht, um die Menschen in allen Berufs- und Alltagsfragen zu unterstützen und sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Weiß weiter: „Wir haben verstanden, dass Lohnkostenzuschüsse allein nicht ausreichen und ermöglichen den Betroffenen deshalb erstmalig ein umfassendes ganzheitliches

Coaching. Wir hoffen, dass dieses Gesetz die unterschiedlichen Träger von Unterstützungsleistungen veranlasst, stärker zusammenarbeiten, damit die Hilfe endlich dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird.“

Wertschätzung für das Ehrenamt stärken



In der Debatte am Mittwoch ging es um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse – ein Thema, das sich die Regierungskoalition zu einer ihrer zentralen Aufgaben für diese Wahlperiode gemacht hat. **Dr. Stephan Harbarth MdB** (Wahlkreis Rhein-Neckar) griff dabei in seiner Rede einen Aspekt auf, der gerade für Baden-Württemberg besonders bedeutsam ist: Das ehrenamtliche Engagement. Ob bei der Feuerwehr, im Dorfladen oder im Sportverein – gerade im ländlichen Raum ist die Arbeit der Ehrenamtlichen oft unverzichtbar. Ein „Herzensanliegen“ nannte Harbarth daher auch die Aufgabe, das Ehrenamt zu fördern. Wer sich engagiert, möchte seine Zeit in den Dienst der Mitmenschen und nicht in den Dienst an Verwaltungsvorschriften stellen. Ziel müsse es sein, „das ganz große Potenzial an Hilfsbereitschaft in unserem Land zur vollen Entfaltung zu bringen, um für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft zu arbeiten“. Übrigens: Mit knapp vierzig Prozent ehrenamtlich Engagierter liegt Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich in der Spitzengruppe!

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter [bundes-tag.de/mediathek](https://www.bundes-tag.de/mediathek).

Weitere Informationen finden Sie unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

[E-Mail](#)
[Website](#)

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abonnieren](#)

